FDP Schwalm-Eder

FDP UND IHK: MEHR TEMPO UND WENIGER BÜROKRATIE FÜR DIE WIRTSCHAFT IN HERSFELD-ROTENBURG

04.05.2026

Die abgebildeten Personen auf dem Foto sind: (v.l.n.r: Elias Phillip Herzog, Horst Müller, Matthias Pfaff, Wiebke Knell, Melanie Schaar, Alexandra Nieding, Werner David)

WELCHE RAHMENBEDINGUNGEN BRAUCHT DIE NORDHESSISCHE WIRTSCHAFT, UM WETTBEWERBSFÄHIG ZU BLEIBEN? UND WIE KÖNNEN STANDORTENTWICKLUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG NACHHALTIG GESTÄRKT WERDEN? ÜBER DIESE FRAGEN TAUSCHTEN SICH VERTRETERINNEN UND VERTRETER DER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER MIT FDP-VERTRETERN AUS NORD-OST-HESSEN AUS.

Für die Freien Demokraten waren Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Werner David, Vorsitzender der FDP-Hersfeld-Rotenburg, sowie der Vorsitzende der Jungen Liberalen Hersfeld-Rotenburg, Elias Phillip Herzog, vor Ort. Von Seiten der IHK nahmen der Vorsitzende der IHK-Regionalversammlung Hersfeld-Rotenburg, Horst Müller, seine Stellvertreter Matthias Pfaff und Melanie Schaar sowie die Leiterin des IHK-Servicezentrums, Alexandra Nieding, teil.

Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Ein zentrales Thema waren langwierige Genehmigungsverfahren, die insbesondere durch umfangreiche Klagerechte erheblich verzögert würden. Einigkeit bestand darin, dass Planungs- und Investitionsprozesse deutlich beschleunigt werden müssten. Zudem wurde kritisiert, dass politische Schwerpunktsetzungen in Deutschland zu häufig wechselten und es dadurch an langfristiger Verlässlichkeit fehle. Auch Förderprogramme seien oft zu komplex und zu

Abgerufen am 01.11.2026 unter https://fdp-schwalm-eder.de/?p=21222

wenig planbar, um Unternehmen echte Sicherheit zu geben.

Wiebke Knell betonte: „Unsere Unternehmen brauchen endlich schnellere Verfahren und verlässliche Rahmenbedingungen. Wer investieren will, darf nicht jahrelang auf Genehmigungen warten. Wir müssen Tempo aufnehmen und endlich wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, statt sie auszubremsen.“

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Rolle des Staates in unserem Wirtschaftssystem. Aus Sicht der Gesprächsteilnehmer brauche es weniger staatliche Detailsteuerung und stattdessen mehr Vertrauen in unternehmerisches Handeln. Im Hinblick auf Personalaufwuchs im öffentlichen Sektor wurde die derzeitige „Versorgungsmentalität“ der Landes- und Bundesregierung dabei kritisch hinterfragt.

Beim Thema Fachkräftemangel wurde deutlich, dass viele Betriebe zwar einige Bewerbungen erhielten, diese jedoch häufig nicht den erforderlichen Qualifikationen entsprächen. Daher müsse das Thema Bildung und insbesondere die duale Ausbildung stärker in den Fokus der Landespolitik rücken. Für Studienzweifler brauche es zudem mehr Durchlässigkeit und attraktive Wege zurück in die berufliche Bildung.

Auch die bestehenden Ausbildungsrahmenverträge wurden thematisiert: Diese seien häufig zu starr und entsprächen nicht mehr den Anforderungen moderner Betriebe. Diskutiert wurden daher mehr digitale Unterrichtsanteile sowie die Möglichkeit, Ausbildungsinhalte stärker direkt im Unternehmen zu vermitteln. Werner David ergänzte: „Der Fachkräftemangel ist längst eine der größten Wachstumsbremsen. Wir müssen die duale Ausbildung stärken, praxisnäher gestalten und mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort ermöglichen. Weniger Bürokratie und mehr Vertrauen sind der Schlüssel, um unsere Wirtschaft zukunftsfest zu machen.“

Abgerufen am 01.11.2026 unter https://fdp-schwalm-eder.de/?p=21222